

Ressourcenwende in der Bau- und Immobilienwirtschaft

re!source Stiftung treibt echte zirkuläre Wertschöpfung in der Bauwirtschaft voran.

Seit dem 3. Mai 2019 lebt Deutschland ökologisch über seine Verhältnisse. An diesem Tag war der „Deutsche Erdüberlastungstag“: Wäre der Ressourcenverbrauch der Weltbevölkerung so groß wie in Deutschland, hätte sie bis zu diesem Zeitpunkt alle nachwachsenden Ressourcen verbraucht, die für das gesamte Jahr zur Verfügung stehen. Um einen solchen Verbrauch nachhaltig zu decken, bräuchte es drei Erden. Die Menschen hierzulande leben also auf Kosten kommender Generationen und der Menschen im globalen Süden. Dass dieses „auf Pump leben“ gesellschaftlich nicht länger akzeptiert wird, zeigen die Proteste der „Fridays for Future“-Bewegung, die immer größeren Zulauf erhalten. Die Forderung der Jungen an die Politik ist klar: Ergreift endlich konkrete Maßnahmen, damit die Pariser Klimaschutzziele verwirklicht werden! Zumal es in vielen Wirtschaftssektoren Ansätze und Lösungen für zirkuläre Wertschöpfungsketten gibt. Die Ressourcenwende kann sofort beginnen, wenn dafür die Rahmenbedingungen stimmen.

Startklar für die Ressourcenwende

Ein Beispiel ist die Bauwirtschaft, in der über 50 Prozent der in Deutschland verwendeten Ressourcen verarbeitet werden. Dem gegenüber stehen Millionen Tonnen Bauschutt und Baustellenabfälle. Ein Recycling auf hohem Qualitätsniveau findet nur in Ausnahmefällen statt, obwohl es dafür in einzelnen Industrien technische Lösungen gibt. Wertvolle Ressourcen gehen so unwiederbringlich verloren. Ein Zustand, den die re!source Stiftung ändern will, denn schon heute lassen sich Gebäude ressourcenschonend gestalten, als Rohstofflager nutzen und es ist möglich, ohne Abfall zu wirtschaften. Auf der 2. Jahreskonferenz am 8. Mai 2019 in Berlin diskutierten rund 200 Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft, Recht, Gesellschaft und Politik über bereits Erreichtes und noch Umzusetzendes auf dem Weg zu einer echten zirkulären Wertschöpfung in der Bauwirtschaft. Einig waren sich alle: Gelingen kann diese nur, wenn endlich Rahmenbedingungen geschaffen werden, die der Bauwirtschaft ein koordiniertes und innovatives Handeln ermöglichen. Allerdings fehlt oftmals die Breitenwirkung und auch der politische Wille, klare Rahmenbedingungen für deren Etablierung zu schaffen.

Politik und Bauwirtschaft stehen vor großen Herausforderungen

Dass politisch bis zur einer tatsächlichen Kreislaufwirtschaft noch viele Schritte zu gehen sind, stellte Dr. Klaus Jacob, Leiter des Forschungszentrums für Umweltpolitik am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft, zu Beginn der Konferenz fest. Der Weg sei deshalb noch sehr lang, weil die Ressourcenpolitik in Deutschland zu wenig aufeinander abgestimmt ist. Zudem müsste der Politikstil verbindlicher werden, wenn er in der Breite wirken soll. „Zu informieren und zu beraten ist nicht ausreichend“, so der Wissenschaftler. Eine Einschätzung, die viele im Publikum teilten. Christian Noll, Vorstand der Deutsche Unternehmensinitiative Energieeffizienz (DENEFF e. V.), wies in seinem nachfolgenden Vortrag darauf hin, dass die Klimaziele nur erreicht werden können,

wenn Energieeffizienz und Erneuerbare Energien Hand in Hand gehen. Darüber hinaus müssten die unterschiedlichen Maßnahmen zum Klimaschutz stärker ineinandergreifen, statt wie bisher üblich, nebeneinander zu verlaufen oder gar im Widerspruch zueinander zu stehen. Viel Applaus erhielt er für seine Forderung, den Gebäudelebenszyklus produktseitig und planerisch mitzudenken. Schließlich ist die Betrachtung des Gebäudelebenszyklusses immanent für ressourcenschonendes Bauen. Für einen intensiveren Austausch auf europäischer Ebene warb Dr. Manfred Fuchs, Europäische Kommission, Generaldirektion Unternehmen und Industrie, Abteilung für Baugewerbe. Für ihn ist gerade die länderübergreifende Zusammenarbeit ein wichtiger Faktor, um nicht nur nationale, sondern europaweit anwendbare Lösungen zu finden. "Es geht darum, ein gemeinsames Vokabular, ein gemeinsames Vorgehen zu entwickeln. Das heißt, wenn ich mit einem Vokabular arbeite, mit einem Konzept arbeite, das meinen in der Präsentation genannten Dokumenten sehr ähnlich ist, habe ich auch viel größere Chancen, dass ich mich mit dem Nächsten unterhalten kann, der aus einem anderen Background kommt."

Etablierte Recycling-Prozesse als Vorbild

Während die Politik zögert, schaffen die Mitglieder der re!source Stiftung eindrucksvolle Fakten: Über das von Geschäftsführer Stephan Riemann vorgestellte Rücknahmesystem der Lightcycle GmbH wurden in Deutschland in den letzten Jahren mehr als 60 Millionen Altlampen, teils direkt von der Anfallstelle, dem fachgerechten Recycling zugeführt, wodurch Rohstoffe in der Wertschöpfung verbleiben. Um weitere Fortschritte zu erzielen, sind klare Anforderungen an Hersteller und Rücknahmesysteme notwendig, so Riemann. Vor allem muss der Vollzug im Elektro- und Elektronikgerätegesetz (ElektroG) deutlich gestärkt werden. „Wir haben einen sehr geringen Pragmatismus in der Gesetzgebung. Die Entsorgungswirtschaft haben wir fast gar nicht im Bereich des ElektroG eingebunden, die mit ihren Lösungen sicherlich sehr sinnvoll wären.“ Zudem sollte es Anreize für die Teilnahme an kollektiven Rücknahmesystemen geben.

Auf die Bedeutung von Holz als nachwachsendem Rohstoff für die Energie- und Ressourcenwende ging Anemon Strohmeier, Geschäftsführerin des Verbandes der deutschen Holzwerkstoffindustrie (VHI e. V.), in ihrem Vortrag ein. Von den hierzulande pro Jahr anfallenden rund 8 Millionen Tonnen Altholz wurden 2016 knapp 26 Prozent einer stofflichen Verwertung zugeführt, berichtete sie. Das Potenzial liege jedoch deutlich höher. "Es wird aber immer auch Mengen und Qualitäten geben, die wir nicht recyceln können und die wir auch nicht recyceln wollen. Ein extremes Beispiel dafür: Eine recycelte Bahnschwelle möchten wir nicht in einer Spanplatte haben, denn da sprechen wir von Emissionen, die wir hier natürlich nicht zulassen können und wollen. Deswegen ist Recycling kein Selbstzweck", erläuterte die Expertin. "Gleichzeitig müssen wir immer auch mitdenken, dass Holz nicht nur für das Recycling viel tun kann, sondern auch für die Energiewende, denn wir haben es hier mit einem nachwachsenden Energieträger zu tun." Entscheidend sei deshalb, die stoffliche und energetische Verwertung besser miteinander zu verzahnen.

Walter Lonsinger, Vorstandsvorsitzender des A|U|F e. V. Aluminium Wertstoffkreislauf, verwies auf die hohe Recyclingrate der deutschen Aluminiumindustrie von 98 Prozent. Mit über 700.000 Tonnen Sekundäraluminium gehöre Deutschland in Europa zu den Spitzenreitern beim Recycling. „Dass bedeutet aber auch, dass, wer heute Aluminiumschrott exportiert, nicht Schrott exportiert, sondern die darin enthaltene Energie“, mahnte er. „Wir vom AUF erwarten, dass die planenden Stellen in den Leistungsverzeichnissen bereits fordern, dass ein geschlossener Wertstoffkreislauf für ausgebaute Teile und Schrotte nachgewiesen werden muss. Fordern Sie als ausschreibende Behörde, Kommune, Investor und Bauherr, dass Bauteile mit Sekundäraluminium angeboten werden müssen“, appellierte er an die anwesenden Entscheiderinnen und Entscheider.

Wie sich beim Gebäudeabbruch anfallendes Material als sogenannte „urbane Mine“ vor Ort aufbereiten und ressourcenschonend in den Neubau integrieren lässt, veranschaulichte Anja Rosen M.A., Architektin, Sachverständige für Nachhaltiges Bauen und DGNB-Auditorin bei der energum GmbH (agn-Gruppe), anhand der Vorstellung des Bauvorhabens „Rathaus Korbach“. „Die Informationen, die man für das Projekt braucht, sind gar kein Hexenwerk. Wir tun wirklich nichts Kompliziertes. Eigentlich kann das jeder Planer machen. Und wir hoffen, dass es sich aufgrund solcher Modellprojekte durchsetzt, dies auch zu tun und unserem Beispiel zu folgen“, ermutigte sie die Zuhörerschaft. Trotzdem gibt es Hemmnisse, die durchbrochen werden müssen, damit sich dieses Thema durchsetze. „Es liegt weitestgehend an der Unsicherheit und Unerfahrenheit der beteiligten Planer und Unternehmen,“ ist sie überzeugt.

Mut zu neuem Denken

Was aber nützen Best-Practice-Beispiele und die beste Forschung, wenn das erfolgreich Erkundete nicht oder nur teilweise umgesetzt wird und keine sektorübergreifende Betrachtung stattfindet? Die Vortragenden aus der Wissenschaft plädierten deshalb für eine umfassendere Perspektive auf die Ressourcenwende im Bauwesen. „Wir haben im Neubau das Problem, dass das, was zurückbleibt, eine kleine Sondermülldeponie ist. Deswegen haben sich in den letzten Jahren zahlreiche Bewertungssysteme des nachhaltigen Bauens entwickelt, wie LEED, BREEAM, DGNB und weitere. Das hört sich alles gut an. Doch leider werden Rückbaukonzepte erst am Schluss gemacht, weil es das Bewertungssystem so fordert“, stellte Prof. Dr. Natalie Eßig, Architektin, vom Lehrstuhl für Baukonstruktion und Bauklimatik der Hochschule München, fest und sprach sich für die Weiterentwicklung ausgewählter Kriterien aus, etwa im Bereich der Schadstoffemissionen und im Hinblick auf die Rückbaufreundlichkeit. „Wir können heute von Downcycling und Recycling sprechen, dafür muss aber erst einmal anders gebaut werden. Mit dem typischen Bau, den wir heute haben, haben wir ein großes Problem.“

Für eine ganzheitliche Kostenbetrachtung im Entwurf setzte sich Prof. Annette Hillebrandt, ebenfalls Architektin, vom Lehrstuhl für Baukonstruktion, Entwurf und Materialkunde der Bergischen Universität Wuppertal, ein, und schlug nachdrücklich die Rückbaupflicht für Investoren und Eigentümer nach Ablauf der Nutzungsdauer eines Gebäudes vor. "Deutschland ist eigentlich fertiggebaut. Wir haben genug Häuser. In erster Linie geht es darum zu prüfen, ob ein Gebäude

wirklich abgerissen werden muss oder ob es nicht verwandelt werden kann. Das ist das Allererste, was gemacht werden muss. Ich gehe sogar soweit: Kein Bauantrag, bevor nicht wirklich bewiesen ist, dass ein Gebäude nicht mehr tauglich ist! Und nicht einfach abreißen und neu bauen!". Was radikal klingt, gründet auf Erkenntnis: "Wir haben Kostenvergleiche gemacht zwischen 08/15-Bauweisen und urban-mining-gerechten Bauweisen. Das ist relativ schwierig. Nicht für die Herstellung. Das macht der Architekt jeden Tag. Sondern für den Rückbau und die Entsorgung oder die Recycling-Gewinne. Dann haben wir festgestellt, dass Urban Mining teurer ist, im Schnitt cirka 15 Prozent. Aber auf 50 Jahre gedacht, wenn das Haus vererbt werden soll, wenn es eine Wohnungsbaugenossenschaft oder ein kirchlicher Träger ist, die ihre Gebäude länger im Portfolio halten, dann lohnt es sich auf jeden Fall. Denn dann ist es 20 bis 40 Prozent nach 50 Jahren günstiger. Dafür brauchen wir eine ganzheitliche Kostenbetrachtung bereits im Entwurf inklusive Instandsetzung, Rückbau und Entsorgung."

Prof. Dr. Sabine Flamme, die sich am IWARU - Institut für Infrastruktur, Wasser, Ressourcen und Umwelt der Fachschule Münster mit Stoffströmen beschäftigt, regte unter anderem die Verbesserung der Datenlage über die verbauten Rohstoffe und ihrer Verbindungen an, etwa durch digitale Methoden wie BIM: "Aber wir kommen bei BIM auch noch nicht bis ans Ende des Lebenszyklusses. Auch daran werden wir forschen, wie wir diesen Kreislauf technisch, kaufmännisch und rechtlich digital abgebildet bekommen. Denn wir müssen wissen, was wo wie eingebaut ist. Das ist nur interdisziplinär möglich. Deshalb muss Forschung zukünftig in diese Richtung angelegt und nicht auf den einzelnen Fachbereich beschränkt sein. Aus rechtlicher Sicht ist es ihrer Einschätzung nach außerdem wichtig, dass Fragen zur Ausschreibung beantwortet werden: „Was müsste in Ausschreibungen stehen, um solche Systeme voranzutreiben und dass es für andere Unternehmen interessant würde, diese Dinge zu tun? Wie sieht es mit Gewährleistung und Qualitätshaftung aus? Wie sieht es mit der kaufmännischen Umsetzung aus? Kann es Anreize für Unternehmen geben, solche Dinge umzusetzen?"

Viele Lücken, wenig Vollzug

Der anschließende Blick auf die Rechtslage, unter der die Ressourcenwende in der Bauwirtschaft stattfindet, machte den dringenden Handlungsbedarf deutlich: Momentan besteht der baurechtliche Instrumentenkasten aus weit mehr als 20 Gesetzen und Verordnungen, was eine wirkliche Ressourcenwende mehr verhindert als begünstigt, stellte Rechtsanwalt Michael Halstenberg, Partner der Kanzlei Kopp-Assenmacher & Nusser nüchtern fest. "Die aktuelle Rechtssituation ist so, dass am Ende, nämlich im Kreislaufwirtschaftsgesetz, das steht, was am Anfang passieren soll. Das ist nicht gut! Dort steht, dass Recycling Vorrang gehabt „hätte“. Eigentlich sollte das im Vergaberecht geregelt werden, also ganz am Anfang." Wer dachte, damit wäre der Widersinnigkeit genug, für den hielt der Jurist eine weitere Absurdität bereit: "Denn es gibt die Mantelverordnung, die am häufigsten versucht wurde zu erlassen. Die Betonung liegt auf „Versuch“. Es ist jetzt die 4. oder 5. Legislaturperiode, wo man versucht, diese Mantelverordnung zu erlassen und ein Teil der Mantelverordnung ist die Ersatzbaustoffverordnung. Da sollte endlich geregelt werden, wie es geht. Aber die ist jedes Mal gescheitert."

Allgemeine Regelsätze bezüglich Produktverantwortung, Verwertungspflicht und auch produktbezogene Regelungen für Bauprodukte seien zwar vorhanden. Wer sich jedoch im Detail mit der Materie befasst, bleibe im Dickicht der "Gesetzeslyrik" stecken, konstatierte Prof. Dr. Martin Dippel, Fachanwalt für Verwaltungsrecht, BRANDI Rechtsanwälte Partnerschaft mbB. "Auf dem Papier scheint alles in Ordnung. Wir haben eine Verwertungsquote von um die 90 Prozent. Prima, was muss da noch geändert werden, könnte man denken. Dabei muss man sehen, dass es sich vielfach um Downcycling handelt und dass viele Materialien in der Verfüllung von Steinbrüchen landen." Und noch etwas gab Dippel zu bedenken: „Wir haben heute viel über den Bund gesprochen und die Privatwirtschaft. Worüber wir noch nicht gesprochen haben, sind die Länder und die dort beteiligten Vollzugsbehörden. Der bvse Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e. V befürchtet, dass viele Erzeuger so verfahren werden wie bisher, dass Abfälle verbrannt oder entsprechend der Gewerbeabfallverordnung vorbehandelt werden und nicht versucht wird, sie als Gemische gar nicht erst entstehen zu lassen. Die Getrennthaltung werde also vielfach ausbleiben, so der bvse."

Klaus Dosch, Leiter der Faktor X Agentur, betonte, dass dringend ein vernünftiges Baurecht für die Ressourcenwende nötig ist. „Das muss logischerweise nicht nur die Energie umfassen, sondern wir müssen uns Energie, Treibhausgase und Rohstoffe anschauen." Es geht um die kontextuelle Betrachtung von Energie, Treibhausgasen und Rohstoffen, weshalb die Berücksichtigung des Gebäudelebenszyklus erforderlich ist. Ebenso sollten Möglichkeiten geprüft werden, für Ressourcenverbrauch in der Bauleitplanung einen gesetzlichen Rahmen zu setzen. "Bis die Juristen in den nächsten drei bis vier Dekaden ihre Rechtshausaufgaben gelöst haben, müssen wir die Möglichkeiten des Privatrechts konsequent nutzen. Das ist auch Kommunen mit etwas Mut möglich."

Proaktiv Themen setzen

Wie die Immobilienwirtschaft und die Politik angesprochen werden können, darüber diskutierten Katrin Lang, Geschäftsführerin DETAIL Business Information GmbH, der Redaktionsleiter des Tagesspiegel Background Energie & Klima Jakob Schlandt und Christoph Mattes, Geschäftsführer der MuP Verlag GmbH. Ein Interesse für Energie- und Klimathemen ist sowohl bei der Fachwelt als auch bei der breiten Öffentlichkeit vorhanden, so die Erfahrung der Kommunikationsexperten. "Das Thema ist bei der Leserschaft angekommen und wird von dort auch nachgefragt. Dass einige schulschwänzende Kinder in der Lage sind, die Politik aufzuwecken, finde ich einerseits gut. Aber im Kern finde ich es für unsere Gesellschaft ein Armutszeugnis. Die Politik nimmt das hoffentlich nicht nur wieder in den Sinne auf, gut, dass wir darüber mal geredet haben, sondern gehen die Themen wirklich an, weil wir als Medienvertreter können darüber nur berichten", merkte Christoph Mattes an. "Wenn etwas in den Medien nicht stattfindet, dann gibt es das für viele Politiker nicht. Realität stellt sich über Medien und Öffentlichkeitsdruck dar", ergänzte Jakob Schlandt und regte an, die Bauwirtschaft sollte mehr proaktives Agenda-Setting und zielgerichtetes Storytelling betreiben, um die Ressourcenwende stärker in den Fokus der Akteure

zu rücken. Für Katrin Lang sind neue Medien wichtige Instrumente und Interdisziplinarität: "So versuchen wir mit verschiedenen Formaten, Vertreter aus dem Baubereich mit denen aus der Kreislaufwirtschaft zusammenzubringen."

Potenziale besser nutzen

Und die Politik? Mit welchen konkreten Maßnahmen will sie die Ressourcenwende voranbringen? Nach Ansicht von Florian Pronold, Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, hat das Thema Ressourceneffizienz im Bereich Bauen noch ein enormes Potenzial: "In den Abläufen, bei der Frage, wie gehen wir mit den Abfällen um und wie verhindern wir welche." Bei Baustoffen müsste es dazu kommen, dass mehr Recyclingprodukte eingesetzt werden: "Hier sehe ich die Öffentliche Hand in starker Verantwortung. Ich habe immer wieder in Diskussion mit der Wirtschaft gehört, dass die Nachfrage viel zu gering ist. Das ist auch bei Ausschreibungen der Fall. Das Land Berlin ist hier vorangegangen und bevorzugt recyclingfähigen Beton." Relevant ist für ihn noch ein weiterer Aspekt: "Ansprechen möchte ich auch, dass wir den Gebäudebestand nicht trennen können vom Quartiersansatz und der Stadtentwicklung. Hier gibt es zu wenig Beispiele, weil es oft auch unsinnig ist, einzelne Gebäude zu dichten und zu dämmen, wenn es über eine CO²-neutrale Nahwärmeversorgung gelingen könnte, ganze Komplexe anzuschließen."

Auf die Frage, ob die bisherigen Maßnahmen und geäußerten Absichten ausreichen, um die Ressourcenwende einzuleiten, zeigte sich Chris Kühn, MdB, Sprecher für Bau- und Wohnungspolitik, Bündnis 90/Die Grünen, skeptisch: "Die Dramatik dessen, was der Baubereich global bedeutet, ist auch noch nicht im Parlament und in der Regierung angekommen. Wenn Sie das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirates für Umweltfragen der Bundesregierung anschauen aus der letzten Wahlperiode, dann ist sehr deutlich, dass die Urbanisierung, vor der wir global stehen, der gleiche Schritt ist, den wir schon hinter uns haben. Wenn wir das mit Stahl und Beton machen, dann können wir den Klimaschutz vergessen. Hier müssen wir als fortschrittliche Gesellschaft unsere Bauwirtschaft umstellen. Da geht viel zu wenig im Umweltministerium. Im Bauministerium geht natürlich noch viel weniger."

Handeln statt debattieren

Als Fazit der Konferenz entwickelte sich die Forderung der Politikvertreter Florian Pronold, Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, und Chris Kühn, MdB, Sprecher für Bau- und Wohnungspolitik, Bündnis 90/Die Grünen, unmissverständlich: **Die Ressourcenwende gehört auf die vorderen Plätze der politischen Agenda!** Schnellstmöglich müssen die zig Verordnungen und Gesetzen vereinfacht werden, bürokratische Hürden sind abzubauen, so dass eine echte zirkuläre Wertschöpfung in der Bauwirtschaft praktikabel wird. Allerdings verwiesen beide Politiker auf die langwierigen und komplizierten Abstimmungsprozesse, mit denen Gesetzesänderungen verbunden sind. Schließlich müssten zahlreiche Interessen berücksichtigt werden. An die Verantwortung der Politik gegenüber

der jungen Generation appellierte Franziska Wessel von "Fridays for Future". Höchste Zeit, endlich zu handeln, statt immer nur zu reden, mahnte die Schülerin die Politiker.

Gemeinsam mehr bewegen

Die Politik und die Bauwirtschaft zum Handeln zu bewegen, dazu ist re!source Stiftung angetreten. "Wir haben heute festgestellt, die re!source ist eine wunderbare Plattform, vielfältig zu dem Thema Ressourcenwende in der Bauwirtschaft, zu schauen bzw. Lösungsansätze zu finden, aber auch ganz bedeutende Hindernisse aufzudecken", sagte Rolf Brunkhorst, Vorstand der re!source Stiftung, am Schluss der gelungenen Jahreskonferenz. "Die große Resonanz auf unser Anliegen zeigt, wie sehr das Thema den am Bau beteiligten Branchen unter den Nägeln brennt", so Annette von Hagel, geschäftsführender Vorstand der re!source Stiftung. Einer der nächsten Schritte ist, das Thema politisch auch auf europäischer Ebene zu verankern. "Mit konkreten Vorschlägen setzen wir uns dafür ein, dass Hemmnisse zügig abgebaut, Innovationen künftig gefördert und wirtschaftlich umgesetzt werden", motivierte Vorstand Rolf Brunkhorst die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die Vereinsziele zu unterstützen, Verantwortung zu übernehmen und mitzumachen. "Wir konzentrieren uns dabei nicht auf das eine oder andere Material. Die ressourcenschonendste Lösung soll in der Bauwirtschaft den Vorzug bekommen."

Informationen über re!source Stiftung e.V.:

Die re!source Stiftung e.V. steht für die Ressourcenwende in der Bauwirtschaft und ist eine unabhängige Allianz mit Mitgliedern aus Wirtschaft, Gesellschaft, Wissenschaft und Politik. Sie wurde von Mitgliedern der Bauwirtschaft 2017 als IRBau gegründet. Die re!source Stiftung e.V. entwickelt gemeinsame Ziele und Prozesse zur Ressourcenschonung und kommuniziert diese an relevante Zielgruppen. Die re!source Stiftung e.V. möchte die nachhaltige Nutzung der Ressourcen durch Umsetzung einer echten zirkulären Wertschöpfung in der Bauwirtschaft erreichen. Zugleich will sie zur kommunikativen Aufklärung dieses Themas in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft beitragen.

Weitere Informationen auf der Webseite: www.re-source.com

Kontakt:

re!source Stiftung e.V. – Ressourcenwende in der Bauwirtschaft
Postfach 31 16 45, 10707 Berlin